

Die „Arbeiter“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Neu Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abholung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Vorkaufnahme sämtlicher Jahrgänge werden ermäßigtere Preise festgesetzt. Unter Streifenbogen für Deutschland, England, das Saar- und Mittelgebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete, Polen und Litauen 25.— M., für das übrige Ausland 35.— M.

Die schlagendste Konversationsstelle über deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Telefonanruf. Kleinanzeigen: Das jetzige Heft 2.30 M., jedes weitere Heft 1.75 M. einschließlich Anzeigengebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Kleinanzeigen: das jetzige Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Antwort der Arbeiterpartei

Eine Rede Hendersons

London, 30. Januar.

Der Arbeiterführer Henderson hielt heute nachmittags in Manchester eine Rede, die als die offizielle Antwort der Arbeiterpartei auf die kürzlich von Lloyd George, Churchill, Asquith und Chamberlain gehaltenen Reden angesehen wird. Henderson sagte, er sei trotz der amtlichen Widersprüche der Meinung, daß die Koalition schnell ihrem Ende entgegengehe. Ueber die Frage der auswärtigen Politik sagte er, die Arbeiterpartei trete genau so für die Konferenz von Genua ein, wie sie für die von Washington eingetretene sei. Wenn die Regierungen den Taktischen ins Auge blickten und nicht mit ähnlichen Ideen nach Genua gingen, wie sie seinerzeit in Versailles triumphiert hätten, dann würde die Konferenz von Genua für die wirtschaftliche Wiederaufbau Europas sehr verheißungsvoll sein. Zur Frage der englisch-französischen Pakt sagte Henderson, Frankreich wolle mit Großbritannien einen Bündnisvertrag schließen, der ihm militärische Unterstützung im Falle eines nicht provozierten deutschen Angriffs sichere. Die Arbeiterpartei könne diesem Pakt nicht zustimmen, denn ein solcher würde möglicherweise anderer Völker in einen Krieg hineinziehen, der die Folge einer Politik Frankreichs sein könnte, auf die Großbritannien keinen Einfluß ausüben könne. Außerdem seien England und Frankreich Mitglieder des Völkerbundes, mit dessen Grundsätzen militärische Bündnisse unvereinbar seien. Heute zeige sich die Neigung, zu den Argumenten der alten Politik bezüglich des europäischen Gleichgewichts zurückzukehren. Auf diesem Wege werde man nicht zum Frieden gelangen.

Hierauf kritisierte der Redner die Koalitionsregierung, deren Ideen sich, wie er sagte, alle paar Wochen ändern. Das Programm der Arbeiterpartei für die auswärtige Politik sei: Internationaler Friede, Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von Europa, Wiederherstellung vertrauensvoller und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen. Die Arbeiterpartei wolle einen Völkerbund, in dem alle Nationen vertreten seien. Sie wolle eine fortschreitende tatsächliche Herabsetzung der Rüstungen, ebenso sei sie für ein Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial durch private Firmen. Sie sei gegen Geheimverträge, lehne den wirtschaftlichen Boykott ab und verlange die Unabhängigkeit für Ägypten sowie autonome Regierung für Indien.

Nach Ansicht der Arbeiterpartei mache die Methode des Obersten Rates die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens unmöglich. Die Schwierigkeiten, unter denen England lebe und lebe, seien eine Folge des Friedensvertrages. Die Arbeiterpartei wolle eine neue internationale Politik, die vollkommen auf Gerechtigkeit, Zusammenarbeit und gegenseitigem Wohlwollen begründet sei. Eine Arbeiterregierung würde niemals dulden, daß sozialer Landstreich von Menschen durch eine verhängnisvolle internationale Politik ausgehungert würden. Hierauf ging der Redner auf das Programm der Arbeiterpartei für die innere Politik ein.

Die Stundungsfrage

Paris, 30. Januar.

Havas meldet: Die Reparationskommission hat heute abend den alliierten Regierungen die Denkschrift des Reichskanzlers Dr. Brüning überreicht. In dem Begleitschreiben der Kommission wird den Regierungen anheimgestellt, ob sie sich direkt über die deutschen Vorschläge äußern oder die Reparationskommission mit deren Prüfung betrauen wollen. In dem Schreiben wird keinerlei Urteil über den Wert der deutschen Vorschläge geäußert. Ministerpräsident Poincaré wird zweifellos morgen dem Ministerrat die Angelegenheit unterbreiten.

Ein neuer englischer Vorschlag zur Reparationsfrage

Paris, 31. Januar.

„Matin“ weist darauf hin, daß nach seiner Kenntnis die englische Regierung eine neue Lösung des Reparationsproblems ins Auge faßt, durch die Frankreich und England zu Opfern verpflichtet würden, die aber ausgeglichen werden sollten durch eine Lösung der Frage der alliierten Schulden, an der sich Amerika beteiligen werde.

Verschiebung der Genua-Konferenz?

Paris, 31. Januar.

Wie „Havas“ mitteilt, macht sich in den Kreisen der alliierten Diplomaten von Tag zu Tag immer mehr der Gedanke geltend, daß der Zusammentritt der Konferenz von Genua um etwas verschoben werden sollte. Auch die britische Regierung ziehe ohne Verbindlichkeit eine Verzögerung in Betracht, die eine bessere Vorbereitung ermögliche und damit die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz erhöhe.

London, 31. Januar.

„Times“ wendet sich in einem Leitartikel gegen die geplante Wirtschaftskonferenz von Genua. Bei dem kritischen Abseitsgehen der Vereinigten Staaten und bei der widerwilligen Zustimmung Frankreichs würde es überraschend sein, wenn die Konferenz die

Hoffnungen, die ihre Veranstalter darauf setzen, erfüllen würde. Was könne in den zwei Wochen, die die Konferenz dauern soll, anders erreicht werden, als daß alle bitteren Streitfragen Europas an die Oberfläche gebracht werden. Die größte Bereitwilligkeit werde auf Seiten Deutschlands und Sowjetrußlands an den Tag gelegt.

Das Orientproblem

Die Konferenz der alliierten Außenminister.

Paris, 30. Januar.

Die „Agence Havas“ meldet: In der Frage des Zeitpunktes der Konferenz der Außenminister von England, Frankreich und Italien zur Behandlung des Orientproblems fand heute nachmittags ein Meinungsaustausch zwischen den drei beteiligten Regierungen statt. Wahrscheinlich wird die Zusammenkunft nicht vor dem 1. Februar erfolgen, da am 7. Februar die Sitzungen des britischen Parlaments wieder aufgenommen werden. Inzwischen werden Lord Curzon und della Torretta Gelegenheit haben, die französischen Bemerkungen, die am Sonnabend dem britischen und dem italienischen Kabinett mitgeteilt wurden, einer Prüfung zu unterziehen und sich gegenseitig über ihre Auffassung zu unterrichten.

Wofür Geld da ist

Der kostspielige Verwaltungsapparat

Seit drei Jahren ist uns von den verschiedensten Regierungen versichert worden, daß es angesichts der großen finanziellen Notlage des Staates oberstes Gebot der Stunde sei, die größte Sparsamkeit walten zu lassen. So oft dem Reichstag oder den Parlamenten der Einzelländer ein neuer Etat zugeht, wird das Sprüchlein von der Sparsamkeit von neuem heruntergeleiert. In der Praxis ist von einer sparsamen Wirtschaft nirgends etwas zu verspüren. Der Krieg hat uns eine ganze Anzahl neuer Behörden und einen umfangreichen Beamtenapparat gebracht. Diese Behörden sind mittlerweile zwar abgebaut worden, es treiben sich aber überall noch Restteile herum, die krampfhaft bemüht sind, ihre Unentbehrlichkeit dadurch nachzuweisen, daß sie eine Arbeit in sich leisten. Wir erinnern nur an die verschiedenartigen Abwicklungsstellen, die einfach nicht tot zu kriegen sind.

Weil wir an derartigen überflüssigen Gebilden noch nicht genug haben, ist der Staat bemüht, immer noch neue Behörden ins Leben zu rufen. So erfahren wir aus dem soeben vorgelegten Etat der Reichsregierung für das Jahr 1922, daß dem Reichsfinanzministerium eine besondere Verwaltung angegliedert ist, die die Aufgabengruppe zu bewältigen hat, die im Besitz des Reiches befindlichen Waldungen zu wachen, blühen und gedeihen zu lassen. Das Reich hat nämlich die durch die Verminderung der Wehrmacht brach liegenden Truppenübungsplätze teilweise mit kleinen Bäumchen bepflanzt. Das ist der ganze Reichsbesitz an Waldungen. Für die paar Bäumchen, die ein sechsjähriger Schüler abzählen kann, sind zwei Forstmeister, zwei Oberförster, 9 Revierförster, 14 Förster, 18 Forstausseher und 21 Waldhüter angestellt. Wenn die Bäumchen mit Hilfe eines solchen Beamtenapparats nicht in den Himmel wachsen, dann ist das deutsche Volk verloren. Der Weg, das bisherige Waldbestand des Reiches den Forstverwaltungen der Einzelländer anzugliedern, scheint dem Reichsfinanzministerium zu kompliziert zu sein. Es müssen unter allen Umständen neue Behörden geschaffen werden.

Noch lustiger ist die Geschichte der Remonteverwaltung, die ebenfalls dem Reichsfinanzministerium angegliedert ist. Auch da ist eine große Anzahl von Beamten tätig, deren Aufgabe es ist, sich um das Schicksal der paar Pferdechen zu kümmern, die das verringerte Heer heute noch gebraucht. Die preussische Gestütsverwaltung erfordert in diesem Jahre einen Zuschuß von 65 Millionen Mark. Das ist eine ungeheure hohe Summe und man sollte deshalb meinen, daß sich die preussische Gestütsverwaltung ohne Etatserhöhung auch noch um das Schicksal der reichseigenen Pferde kümmern konnte. Das Reichsfinanzministerium denkt darüber anders.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, und zwar bei solchen Gelegenheiten, wo die minderbemittelte Bevölkerung mit neuen Lasten belegt werden sollte, daß zuerst an den überflüssigen Ausgaben gespart werden muß. Das neueste Beispiel ist das der Erhebung einer Abgabe für den Wohnungsbau, durch die die Mietzins ganz unterschiedlos, ob es sich um bestehende oder um beschlossene Kreise handelt, in die Höhe getrieben werden sollen. An den oben geschilderten Beispielen, die noch wesentlich vermehrt werden können, ist zu ersehen, daß sehr beträchtliche Mittelsummen an den Ausgaben gemacht werden können. Der Reichstag und ebenso die Einzelkammern haben die Verpflichtung, mit äußerster Rücksichtslosigkeit endlich das zu tun, was bisher in dieser Hinsicht versäumt worden ist.

Freistaat Irland im britischen Staatenbund

Von unserem Londoner Korrespondenten

II.

London, 17. Januar 1922.

Eine zweite gemeinsame Einrichtung für England und Irland bildet die Reichskonferenz der ersten Minister Großbritanniens, der autonomen Kolonien und Indiens. Es ist eine staatsrechtlich noch nicht bestimmte Institution. Seit dem Weltkriege ist es jedenfalls eine ihrer Hauptaufgaben, Englands auswärtige Politik im Einvernehmen mit den Bundesstaaten festzustellen. Wie sehr deren Einfluß auf die britische Politik gewachsen ist, beweist die Lösung des Bündnisses mit Japan, die bekanntlich von den Kolonien gefördert wurde, und nicht zuletzt der Ausgleich mit Irland selbst, zu dem die letzte Reichskonferenz einen mächtigen Anstoß gegeben hat. Der Anteil des südafrikanischen Premiers, Jan Smuts, ist auch äußerlich, durch seine Verhandlungen mit den Sinnfein-Führern, zum Ausdruck gekommen.

Trotzdem soll nicht geleugnet werden, daß die Sinnfein-Revolutionäre auch wesentliche Opfer für den Frieden gebracht haben. Wir denken dabei nicht an die Beschränkung der irischen Armee auf eine bestimmte Proportion zur englischen oder an die Rechte der britischen Flotte in den irischen Gewässern. Schwerwiegend ist der Verzicht auf Ulster. Man hat allgemein geglaubt, das Sinnfein das Bekenntnis zur Republik nur aufgeben wird als Preis für die Einheit Irlands. Aber weder England noch die Sinnfeinpartei konnten sich entschließen, die sechs vorwiegend protestantischen Ulster-Grafschaften zum Anschluß an den neuen Freistaat zu zwingen. Die englische Regierung konnte es nicht, weil die konservative Partei, deren Vorhut die Ulster-Reaktionäre stets waren, dies nicht zulassen würde. Die Sinnfeiner wiederum wollten gegenüber den protestantisch-englischen Minderheit im eigenen Lande nicht den Fehler wiederholen, den England durch Jahrhunderte gegenüber der irischen Minderheit beging. Die sechs Grafschaften in der nordöstlichen Ecke Irlands mit nahezu einer Million Einwohner sind aber die volkreichsten und entwickeltesten des Landes. Es ist z. T. die enge Verbindung der Industrie und des Schiffbaus Ulsters mit dem englischen Markt, die den Widerstand gegen eine Lockerung der Bande mit London erzeugte. Aber nicht zuletzt ist er auf die Stammesverwandtschaft (die Ulsterleute sind zumeist schottische Kolonisten) und den religiösen Gegensatz zur katholischen Mehrheit, zum „Papismus“, zurückzuführen. Nach dem Verbot kann Ulster jederzeit in den Freistaat eintreten, wobei ihm weitgehende Autonomie in Verwaltung und Steuerwesen zugesichert wird. Man glaubt in England, daß trotz der augenblicklichen Erbitterung gegen Englands „Verrat“ und den „Triumph der Nordpolitik“ der Sinnfeiner Ulster in nicht zu ferner Zukunft den Anschluß an den Irischen Freistaat vollziehen wird. Zunächst, weil es nicht ohne Schaden für seine Industrie auherhalb einer irischen Zollgrenze bleiben kann. Irland ist schließlich eine wirtschaftliche Einheit. Dann aus finanziellen Gründen, denn als Teil Großbritanniens wird Ulster viel schwerere Steuerlasten zu tragen haben, als der Rest von Irland. Schließlich hat Ulster eine katholische Minderheit von 40 Prozent, zwei Grafschaften — Tyrone und Fermanagh — weigern sich schon jetzt, der Regierung in Belfast zu gehorchen. Entfällt der Kampf gegen Sinnfein und „Papismus“, dann schwindet langsam auch die verheerende Wirkung der Konservativen auf die protestantischen Arbeiter, und die Arbeiterpartei wird auch in Ulster ihren Einzug halten. Alle diese Faktoren wirken für die kommende Einheit Irlands.

Der irische Unabhängigkeitskampf, dessen erfolgreichen Abschluß wir miterleben, hat einige Eigentümlichkeiten, die nicht genug gewürdigt werden. Er ist an sich das klassische Beispiel eines nationalen Kampfes, der in sozialen Gegensätzen, im Klassenkampf wurzelt. Nicht bürgerliche und nationale Entrechtung im kontinentalen Sinne kennzeichnen das Los Irlands. Die Iren waren gleichberechtigte Bürger Englands, die höchsten Staatsstellen waren ihnen zugänglich. Kein Unterschied der Sprache trennte Irland von England, es war keine Unterdrückung von Sprache, Schule und Kultur durch den fremden Eroberer vorhanden. Denn die nahezu vergessene irische Sprache zu belibeln, ist eines der Ziele der Sinnfein-Bewegung; die irische Volksmasse spricht seit langem Englisch als Muttersprache. Das Ringen Irlands war auf den ersten Blick ein rein politischer Kampf um nationales Sonderdasein und Selbstverwaltung. Seine stärkste Triebkraft indes war der Gegensatz zwischen dem landarmen oder landlosen irischen Pächter und dem englischen Landlord, dem großen Grundbesitzer, der ihn um seinen Bodenbesitz brachte. Es ist der Klassenhaß des irischen Bauern gegen den englischen feudalen Ausbeuter, der die Ursache der langjährigen Kriege und Aufstände war. Seit 1840 bis heute ist die Bevölkerung Irlands von 8 auf 4 Millionen gesunken. Nicht weniger als 12 Millionen Iren

hat der englische Großgrundbesitzer von der heimatischen Scholle nach Amerika und allen Teilen des Britischen Reiches verjagt.

Dieser soziale Gegensatz ist heutzutage sehr gemildert. Gewiß, der irische Bauer ist noch immer landarm auf seiner dünn besetzten „Grünen Insel“. Von rund einer halben Million Bauernwirtschaften sind noch immer nahezu 300 000 Betriebe von 1/2 bis 6 Hektar Größe. Aber daneben gibt es schon 200 000 Betriebe mit 6—20 Hektar Boden, also eine recht zahlreiche mittlere Bauernschaft. Noch immer gibt es gegenüber ca. 300 000 Bodeneigentümern über 200 000 Pächter, aber die Dauer ihrer Pacht und die Höhe ihrer Rente sind gesetzlich geschützt, und sie haben die Möglichkeit, mit Hilfe von Staatskredit Besitzer ihres Bodens zu werden. Zwei Milliarden Goldmark hat schon England für diesen Zweck ausgegeben. Der Krieg hat den irischen Bauern, wie überall, Wohlstand und Reichtum gebracht. Man sollte glauben, daß das Verschwinden der alten Not, der Aufstieg des armen Pächters zum besitzlicheren Bauern den irisch-englischen Gegensatz bedeutend abschwächen wird. Das Gegenteil ist eingetreten. Gerade das weniger entwickelte Irland hat den entschiedensten, blutigsten Krieg gegen England erklärt, die Parole der völligen Unabhängigkeit proklamiert und schließlich den Irischen Freistaat errungen. Es ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie historische Kräfte fortwirken können, auch nachdem die sozialen Ursachen, die sie erzeugten, nicht mehr bestehen.

Die angeordneten sozialen Schichten werden in letzter Linie für die Parteienbildung im Irischen Freistaat bestimmend sein. Aber zunächst wird die Verfassungsfrage im Vordergrund der politischen Kämpfe stehen. Die Spaltung der Sinnfein-Bewegung ist unabwendbar. Die republikanische Opposition unter De Valera wird eine eigene Unabhängigkeitspartei schaffen. Es ist allerdings anzunehmen, daß sie mehr eine Partei intellektueller Dogmatiker sein wird, und daß die große Masse der Bauern und Bürger der Sinnfein-Mehrheit folgen wird. In welchem Maße dieser Zwiespalt im Bürgertum und in der Bauernschaft der Arbeiterklasse zugute kommen wird, kann noch nicht gesagt werden. Eines ist sicher, daß die irische Arbeiterpartei, die bisher die nationale Befreiungsbewegung wirksam unterstützte, nunmehr als selbständiger politischer Faktor auf den Plan tritt. Nach dem Muster der englischen Partei als Föderation aller Gewerkschaften aufgebaut, umfaßt sie die gesamte organisierte Arbeiterklasse Irlands und stellt eine Armee von großer Schlagkraft dar. Mit seinem Sinn für historische Symbolik proklamierte sie am Tage nach der Vertragsannahme in einem wichtigen Manifest den Beginn des Kampfes des irischen Proletariats für die Arbeiterrepublik, für den Sozialismus. Der Krieg für nationale Freiheit ist beendet, der Klassenkrieg innerhalb Irlands ist erklärt.

Eine neue Miesbacher Heldentat

Wegen Beleidigung des Genossen Toller bestraft

Der noch immer in der bayerischen Schmachanstalt Niederhöfensfeld festgehaltene Genosse Ernst Toller hatte gegen den „Miesbacher Anzeiger“ Strafantrag gestellt, weil dieses Schmutzblatt ihn einen „totgefärbten Samoschiner Judenhuber“ genannt und gleichzeitig behauptet hatte, er gehöre zu den „schwerlich Erkrankten“ deräterepublik. Mutig, wie die deutschen nationalen Bayern sind, erklärte der unverantwortliche verantwortliche Redakteur Ed. er könne den Wahrheitsbeweis nicht antreten. Der Angeklagte wurde zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Kapitel „Miesbacher Anzeiger“ ist ein besonderes Ruhmesblatt der deutschen Justiz. Seit Monaten beschäftigt der Redakteur Ed. die Münchener Gerichte; immer zeigt sich die christlich-nationale Wahrheitsliebe im besten Lichte, da dieser „Journalist“ regelmäßig wegen Verleumdung verurteilt werden mußte. Aber immer wieder erhält der Mann die niedrigsten Geldstrafen. Sehen wir den Fall, ein sozialistisches Blatt hätte unter der Monarchie im Tone des Miesbachers die bestehende Regierungsform derartig angegriffen, wessen hätte sich der Redakteur bei

wiederholten Beurteilungen zu versehen gehabt? Der höchsten Gefängnisstrafe!

Deutschnationale Schmierereien, christliche „Wahrheitsliebe“ (ohne Wahrheitsbeweis!) und eine Justiz, die das anerkennt — ein feines Kulturbild aus dem — republikanischen Bayern!

Einigungs-Zimmel?

„Dem Einigungs-Zimmel müsse ein Ende gemacht werden“, meinte kürzlich ein Genosse in einer Parteikonferenz. Welch törichtes und falsches Wort! Eine tiefe Sehnsucht nach Einigung lebt in der ganzen Arbeiterchaft ohne Unterschied der Parteistellung! Das Streben ist so stark, daß alle Arbeiterparteien es anerkennen, in ihrer Politik darauf Rücksicht nehmen müssen. Ja, die zerfallende kommunistische Partei hofft durch die Ausdeutung dieser Sehnsucht sich noch halten, durch die Agitation für die Einheitsfront doch noch „an die Massen heran“ kommen zu können. Ebenso hält der Bunsch, weitere Zersplitterung zu vermeiden, auch jene Arbeiter in den Reihen der S. P. D., die gegen die Politik der Partei oft und vielfach in Opposition stehen. In einer solchen Situation von Einigungs-Zimmel zu sprechen, wirkt auf viele Arbeiter innerhalb und außerhalb der Organisationen wie Hohn und macht es den kommunistischen wie rechtssozialistischen Agitatoren nur allzu leicht, unseren Einigungs-Willen als bloße agitatorische Masche zu verdächtigen. Ist es wirklich Aufgabe verantwortlicher Genossen, unseren Gegnern das Spiel so leicht zu machen?

Das Wort ist aber auch grundfalsch. Wir kennen keine höhere Aufgabe und kein edleres Ziel für einen Politiker der Arbeiterbewegung, als die Wiederherstellung der politischen Einigung der Arbeiterklasse. Was für die Gewerkschaftsbewegung, also für die Organisationen, die in erster Linie die Kämpfe für die materielle Verbesserung der Lebenshaltung führen, richtig ist und von allen U. S. P. Genossen anerkannt wurde, das gilt in gleichem Maße für die politische Arbeiterbewegung. Ihre Aufgabe ist es, die großen Kämpfe zur geistigen und ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse zu führen, und diese können nur geführt werden, wenn die Kräfte des Proletariats sich nicht zersplittern, sondern zusammengefaßt werden. Das ist aber um so notwendiger in einer Zeit, wo die Bourgeoisie überall zur Offensive übergeht, der internationale Kapitalismus erstarkt ist und alle politischen und sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterklasse bedroht. In einer solchen Situation von „Einigungs-Zimmel“ zu sprechen und „schärfste Kampfanlage“ zu fordern, ist politisch das Verfehrteste. Denn selbst wenn es gelänge, diesen Kampf mit dem vollständigen Siege der U. S. P. D. zu beenden, brauchte es dazu nicht allzu kurze Zeit, in der das Proletariat als Ganzes zerrissen und geschwächt wäre. Glaubt jemand, daß die Bourgeoisie diese Zeit ungenützt vorübergehen ließe, sie nicht vielmehr mit allen Kräften dazu verwenden würde, dem Proletariat wichtige Nachpositionen zu entreißen, es so nachhaltig als möglich zu schwächen? Das ist ja gerade das Schlimme an der gegenwärtigen politischen Situation im allgemeinen und an den Fehlern der rechtssozialistischen Politik im besonderen, daß sie diese Einigung immer wieder erschwert, und deshalb ist sachliche Kritik und Zurückweisung gerade im Interesse der Einigung unbedingt geboten. Aber das schließt ebenso ein, daß wir das Ziel der Einigung und ihre möglichst schnelle Verwirklichung nie aus dem Auge verlieren dürfen, und verbietet es, verächtlich vom Einigungs-Zimmel zu reden.

Das Ziel der Einigung erfordert aber auch, daß wir im Ringen um die verschiedenen Anschauungen es vermeiden, die Motive der Gegner zu verzerren. Die rechtssozialistischen, die unabhängigen und die kommunistischen Arbeiter wollen in letzter Linie alle das Gleiche, die Stärkung und schließlich Befreiung der Arbeiterklasse, und ihre Führer wollen es, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, gleichfalls. Auch bei den Einzelmeinungen der letzten Zeit handelt es sich um ernste und schwierige Fragen. Wir halten die Antwort, die die Rechtssozialisten gegeben haben, für falsch. Aber wir wollen den Kampf führen mit allem sachlichen Nachdruck, aber doch in dem Bewußtsein, daß am Ende stehen muß die Vereinigung

des gesamten Proletariats im Kampfe um den Sozialismus, zur Abwehr des gemeinsamen Klassengegners, wenn anders nicht der ganzen Arbeiterklasse schwerer Schaden zugefügt werden soll.

R. H.

Deutschnationale gegen Deutschnationale

Die Verschwendung von Reichsgeldern durch die „kleinen Anfragen“ wird nahezu unermesslich. Jede kleine Anfrage im Reichstage kostet, wie kürzlich festgestellt wurde, etwa 1000 Mark. Da wirkt es einfach aufreizend, wenn man sieht, wie wegen der lächerlichsten Dinge, die nicht das geringste öffentliche Interesse beanspruchen, die Abgeordneten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei kleine Anfragen einreichen. Bei der Erörterung des Reichstages wird man diesen Zustand auf das entschiedenste kritisieren müssen und auch nicht davor zurückschrecken dürfen, Zwangsmassnahmen zur Verhinderung zu ergreifen, wenn freiwillig keine Besserung vor sich geht.

Es ist in den meisten Fällen bei der Stellung von kleinen Anfragen aus jenen Kreisen nur die Sucht, sich hervorzutun und irgendeinem persönlich unangenehmen Menschen etwas anzuhängen. Das wird ganz deutlich aus zwei Anfragen. Die eine vom 23. Januar beschwert sich darüber, daß die Reichspostverwaltung es abgelehnt habe, für die Leipziger Messe besondere Briefmarken herzustellen. Die zweite, die am 23. Januar eingebracht worden ist, beschwert sich über die „unaufhörliche Ausgabe immer neuer, nicht immer auf allzu erhabener künstlerischer Höhe stehender Briefmarkensätze“. Beide Anfragen stammen von deutschnationalen Abgeordneten.

Wem soll es nun der Reichspostminister recht machen, den Unterzeichnern der ersten oder den Unterzeichnern der zweiten Anfrage?

Der Arbeitsmarkt am Jahresluß

Zunehmende Erwerbslosigkeit

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland, die in den Monaten Oktober-November mit rund 150 000 unterstützten Erwerbslosen ihren tiefsten Stand erreicht hatte, weist für den Monat Dezember 1921 wieder eine Zunahme auf. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen — nicht gleichbedeutend mit der höheren Zahl der Erwerbslosen überhaupt — ist nämlich auf 164 000 gestiegen. Die Zunahme erstreckt sich ausschließlich auf die männlichen Arbeitnehmer, während die Zahl der weiblichen Erwerbslosen noch gesunken ist (von rund 35 000 auf 33 000). Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser) ist von 172 000 auf 210 000 gestiegen.

Als Gründe für die vorliegende Verschlechterung des Arbeitsmarktes sind außer der für Fabrikarbeiten ungünstigen Witterung die Valutahchwankungen und im Zusammenhang damit Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Rohstoffen zu nennen, ferner Kohlemangel und Verkehrserschwerungen.

Proteste der Konsumgenossenschaften

Gegen die Umsatzsteuer

Der U. S. P.-Fraktion des Reichstages gehen auf Grund des Steuerkompromisses der Rechtssozialisten mit den Bürgerlichen dauernd zahlreiche Telegramme zu, in denen der schärfste Protest gegen die Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Umsatzsteuer erhoben wird. Wir nennen hier nur Dortmund mit 42 670 Konsumvereinsmitgliedern und deren Familien, Düsseldorf mit 40 000, Rheinfeld mit 12 000, Köln mit 60 000, Barmen mit 24 000 Konsumvereinsmitgliedern und deren Familien.

Den Hilferufen dieser Tausenden Genossenschaftler und ihrer Familien wird die U. S. P.-Fraktion Folge leisten und erneut versuchen, die besonders bei den Konsumgenossenschaften so ungerechte Belastung zu beseitigen.

Die Uebergabe Oberösterreichs an Deutschland und Polen soll im Laufe des März erfolgen. Einer einseitigen Uebergabe nur an Polen will England unbedingt widersprechen, es wird sich auch dafür einsetzen, daß die Besatzungstruppen nach der Uebergabe aus Oberösterreich zurückgezogen werden.

Der Film am Dienstag

Ein Bild hinter die Filmkulissen

Es sah einmal ein Generaldirektor in seinem Vorführungsraum und sah sich den von seiner Fabrik lebend fertiggestellten Film an. Nach Schluß der Vorführung rief er aus: „Kein, Rind, das geht nicht, es ist ja keine einzige Sensation drin! Da muß noch was hinein, wie — sagen wir — eine Eisenbahnkatastrophe, eine brennende Häuserreihe und dergleichen!“ Am nicht die Grenzen seiner Kompetenz zu überschreiten, überließ er es dem um ihn verammelten literarischen Beiräten“, die Reihenfolge dieser Sensationen zu bestimmen. Sie taten es, während Hilfs-, Unter- und Oberregisseure sich mit der Eisenbahnreaktion, mit der Feuerwehre und weiß Gott mit wem sonst noch um die Erlangung der erforderlichen Genehmigungen und Requisition in Verbindung setzten, und nach wenigen Tagen ging der Film in der Umkleekabine des Generaldirektors in die Welt.

So geschah es vor mehreren Jahren. Was heute geschieht, ist — abier. Das liegt daran, daß es damals das, was sich heute Filmkritik nennt, noch nicht gab, daß also die Filmindustrie in ihrer Förderung der Massenverbreitung noch mit keiner Unterstützung durch eine „Fachpresse“ rechnen konnte. Heute darf sie es, darum passieren Produkte wie „Das Haus ohne Tür und Fenster“ nicht nur unbehelligt die Kritik, sie werden von dieser auch noch mit besonderen Empfehlungen versehen. Wir müssen uns mit dem eben erwähnten Film eingehend beschäftigen, nicht um seiner selbst willen, sondern, weil er die wichtigsten Merkmale einer Hauptpartitur unter den Filmerzugnissen aufweist, und ein Hineinleuchten dazu beitragen wird, die Unzulänglichkeit des Sublimums zu klären und es in ähnlichen Fällen zur schroffen Ablehnung zu ermuntern.

Das vorliegende Thema steht so aus: Ein Bergsteiger nimmt die Bleibe auf die Klättertour mit. Sie kürzt ab, wird zum Krüppel, ihr Freund oder läßt sie deshalb nicht im Stich. Er heiratet sie, und eine Zeitlang geht das Eheleben auch so hin, bis der Mann auf das lächerliche Töchterlein eines Baumeisters trifft. Nun sind die guten Vorläufe natürlich falsch. Die verkrüppelte Frau kämpft fortwährend um den Besitz des Mannes, aber das Mädchen sagt: „Ich will von mir nicht lassen, denn ich trage seine Seele in meinem Herzen.“ Ja, wenn sie seine Seele in ihrem Herzen trägt, dann ist allerdings nichts zu machen! Was bleibt der armen Frau übrig, als den Mann in großmütiger Weise freizugeben, und was dem Mann, als diese Großmütigkeit — mit Rücksicht auf die erzieherischen Aufgaben der Filmkunst — dadurch zu bejahen, daß er freiwillig zur Gattin zurückkehrt! Von solch einem Glück überhäuft, stirbt sie, womit — nebenbei — allen geholfen ist, denn nun, da er frei ist, fordern ihn die erzieherischen Aufgaben der Filmkunst ja geradezu heraus, das Mädchen heimzuführen, das seine Seele im Herzen trägt.

Aber ist das alles nicht ein bißchen mager? Da ist ja keine einzige Sensation drin — da muß noch was hinein! Ja, was nun? Bauen, das Publikum will Kolossalbauten haben! Bau-

ter — sind schon dagewesen! Doch — da hätten wirs — ein Haus ohne Türen, ohne Fenster, das wäre was Neues! Wie motivieren? — Na, sagen wir: der Mann will mit der verkrüppelten Frau nicht unter Menschen bleiben und läßt sich abseits vom Leben solch ein Haus errichten. Warum ohne Türen, wo doch die Wände auf einen Druck wie Türen auszuweichen? Warum ohne Fenster, wo man doch Aussicht über die Umgebung hat, und das Haus von den Außenstehenden gleichfalls gesehen wird? Auch das ist zu lösen: der Baumeister ist eben ganz einfach ein aus dem Irrenhaus entpurrer Phantast! Und wie sich so zu einen glücklichen Einfall ein anderer reibt: Das Töchterlein eines verkrüppelten Baumeisters ist auch kein gewöhnliches Gewächs. Sie ist nämlich — glänzend — in Indien von einer Rajadere — und hier kann man Aufnahmen von Fakirganzleuten bringen — geboren worden. Sie hat von der Mutter die Tanzkunst geerbt und tanzt vor dem traurigen Bewohner des eben vollendeten Hauses einen Tanz, der nicht etwa „Keling“ heißt, denn Chinesendirekt sind im Film schon dagewesen, auch nicht „Toska“, denn japanische Freudenhäuser sind auch schon dagewesen, sondern „Boganz“. Und wenn eine Tänzerin einen Tanz im Film „Boganz“ nennt, dann läßt es sich der Regisseur nicht nehmen, ein — wenn auch bloß fiktives — Boganz zu zeigen, dieses aber nicht in normalem Zustand, sondern: wie es gerade in Flammen steht!

So reiht sich eine Sensation an die andere, aber die klotzige Abjuridität läßt keinen widersprechenden Gedanken in dem „Kritiken“ schwebenden Filmprojektor auf, denn diesem ist es lieber, mit dem Strom zu schwimmen, als sich gegen die Strömung aufzulehnen.

Dosio Koffler

Filmschau

D'Annunzios Größe liegt vor allem im Feuer seiner aus tiefem Erleben heraus gestalteten Sprache. Die Verfilmung seiner Werke muß also, da sie sich nur an die äußeren Geschehnisse halten kann, immer eine Verwässerung sein. So auch der nach seiner „Ciocònda“ hergestellte italienische Film (im Tauengienpalast). Und doch ist auch hier noch der Hauch eines großen Dichters spürbar! Ein Künstler (Bildhauer) pendelt zwischen zwei Weibern unentschieden hin und her: zwischen seiner Gattin und der Gioconda, die als Verkörperung der Schönheit seine Schaffenstrast steigert. An die erste fetter ihn — Pflichtgefühl, an die zweite — wenn er wirklich der Künstler und kein Bürger ist — doch wohl ein weit härteres Pflichtgefühl! Die übertriebenden Gesten der italienischen Darsteller lassen in uns keine warme Anteilnahme für das Schicksal des Bildhauers aufkommen. Nur wer an das Buch zurückdenkt oder in einigen Zwischenakten ihren reinen Ursprung erkennt, hört die Gelente an der Hüfte eines Dichters knarren, der mit dem Engel ringt und ihn nicht losläßt, er legne ihn denn!

Wenn man so fröhlich ist wie die Feink-Mara-Gesellschaft, dann überläßt man wohl den Anfin, der einem da in der Post unterläuft. Der „Club der Entleerten“ (im Warmorhaus) ist ein Band von schiffbrüchigen Christen, Weltzeugen in der Hand eines Verbrechers von größtem Format.

Mühte aber ein so genialer Verbrecher, der Tore und Türen ganzer Stadtteile von seiner Wohnung aus durch den Druck auf einen Knopf öffnen und schließen kann, mühte er nicht doch etwas klüger sein als er ist? Wenn solch ein Kerl eine Geschäftstreife unternehmen, übergibt er seinen Koffer mit den belastenden Schriftstücken dem in der Masse eines Spellegagenten vor der Station wartenden Detektiv! Daß der Koffer auch noch unverloren ist, versteht sich von selbst, denn solch ein Kerl ist der Detektiv, um in den Besitz der gesuchten Dokumente zu gelangen, erst erbrechen — und dazu ist kurz vor Abschluß des Juges keine Zeit. Genau so hat Feink keine Zeit, den einen Film sorgfältig durchzuführen, wenn er in seiner Fruchtbarkeit schon mit den Vorbereitungen für einige weitere beschäftigt ist.

D. K.

Vor dem Streik der Schauspieler

Von Victor Koad

Im Winter 1918 wurde ich vom „Kommunalen Jahrbuch“ eingeladen, die Ergebnisse einer auf Anregung der Herausgeber von der „Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“ eingeleiteten Enquete über die wirtschaftliche Lage der Stadttheater und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bühnengehörigen für die Öffentlichkeit zu bearbeiten. Diese erfolgte im „Kriegsband“ des „Kommunalen Jahrbuchs“. Gegen Ende des Jahres 1921 hat die „Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“ abermals eine Rundfrage an ihre Bezirksauslässe geschickt, die sich diesmal auf Feststellung der zur Zeit üblichen Mindestgehälter beschränkte. Wir legen die Ergebnisse dieser Enquete, von Wolfgang Müller, dem Statistiker der Genossenschaft, wohlgeordnet, vor. Sie ermöglicht, festzustellen, ob die Lage der Proletarier unter den Bühnengehörigen sich seit 1917/18 verbessert habe. Ein Frage, die immer — gegenwärtig aber besonders — aktuell ist, weil jetzt gerade wieder Tarifverhandlungen zwischen dem „Verband Berliner Bühnenleiter“ („Deutscher Bühnenverein“) und der „Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger“, die dieser Tage bereits den paritätischen Schlichtungsausschuß der beiden Organisationen beschäftigt haben. (Die Schauspieler stehen vor der Entscheidung, in den Streik einzutreten.)

1918 wurden die Fragebogen der Genossenschaft aus 38, 1921 aus 55 Städten von 60 Theatern beantwortet. Die Ermittlungen von 1918 ergaben als Mindest-Monatsgehälter in Götting 150 M., Wetzburg 140 M., Halle und Tilsit 125 M., Danzig 120 M., Nordhausen 110 M., Eisenach und Osnabrück 100 M., Taugen und Kiel 80 M., Polen 85 M., Regnitz 75 M., Ratiswig 80 M.

1921 wurden als niedrigste Monatsgehälter ermittelt: 550 M. beim Stadttheater in Ulm und beim Centraltheater in Gießen i. D.

Der preussische Kultusetat

Beratungen im Hauptauschuss

Im Hauptauschuss begannen gestern die Beratungen des Kultusetats. Die Koalitionsparteien hatten sich nicht viel zu sagen und beschränkten deshalb die Redezeit in der Generaldebatte auf 1/2 Stunden für jede Fraktion. Auch für die späteren Besprechungen soll die Redezeit kontingentiert werden. Obwohl gleich die erste Rednerin, Frau Wegscheider, den Minister aufforderte, sein Programm bekanntzugeben, entlegte er sich dieser Aufgabe ziemlich spät. Er bekannte sich zur Staats-gelinnung, d. h. zum republikanischen Staat. Er will auch dafür Sorge tragen, daß diese Gelinnung in den Schulen gepflegt wird. In den wichtigsten Teilen seiner Ausführungen beschäftigte er sich mit dem neuen Typus der höheren Schule, der Aufbauschule und der Lehrerbildung. Die Aufbauschule wird eine Oberrealschule sein, die mit dem 7. Schuljahr beginnt und 6 Schuljahre umfaßt, vom 7. bis zum 12. Der Lehrplan soll zwei fremde Sprachen enthalten. Die Lehrerbildung soll auch geändert werden. Das Seminar soll verschwinden und die Ausbildung der Lehrer an die Universität verlegt werden. In der Aussprache enthielt der Abgeordnete Koenig (Soz.) die in Regierungskreisen bestehenden Pläne, die Aufbauschule nicht als höhere Schule auszubauen, sondern ausschließlich als Vorbereitungsanstalt für den Lehrerberuf, so daß das siebenklassige Seminar in veränderter Auflage erhalten bleibt.

Unmittelbar nach dem Minister sprach der Genosse Holz in der Generaldebatte. Er wies auf die Heuchelei hin, die die bürgerlichen Parteien treiben, wenn sie als ihr Ziel angeben, daß unser Volk eine Volksgemeinschaft und eine Bürgergemeinschaft werde, während sie die Einheitlichkeit unseres Bildungswesens verhindern und alles daran setzen, daß das Proletariat von der Kultur ausgeschlossen wird. Die Bildung des Proletariats stehe noch genau soweit hinter der der übrigen Schichten zurück, als vor der Revolution. Das Ansehen der Volksschule und des Volksschullehrerstandes haben sich noch nicht gehoben, beide länden noch so tief wie früher. Durch die Verwirklichung des Schulkompromisses würde eine weitere Verkümmern der Volksschule eintreten. Nur die Festlegung der weltlichen Schule in der Verfassung könne die Grundlage für ein Bildungswesen abgeben, das den Bildungsinteressen des Proletariats zu dienen vermöge.

Das Bekenntnis des Herrn Dr. Voelky zum republikanischen Staat ist lediglich ein Lippenbekenntnis, dazu bestimmt, die Öffentlichkeit über das wahre Wesen der sogenannten breiten Koalition in Preußen irrezuführen. Als eingefleischter Monarchist kann Herr Dr. Voelky nicht dafür sorgen, daß in der Schule der republikanische Geist gefördert und gepflegt wird. Das verbietet ihm neben seiner persönlichen Einstellung die grundsätzliche Gesinnung seiner Partei, und Herr Dr. von Campe, einer der volksparteilichen Führer in Preußen, versicherte vorige Woche ausdrücklich im Landtag, daß die volksparteilichen Minister der Koalition in erster Linie ihren Parteistandpunkt zum Ausdruck bringen müßten.

Wie schlimm es in den Schulen aussieht, dafür legen jedoch wieder die Vorgänge Zeugnis ab, die sich aus Anlaß des Geburtstages des entlassenen Hohenzollern in verschiedenen Schulen abgespielt haben. So teilt ein Familienvater dem „Berliner Tageblatt“ mit, daß im Hohenzollern-Lyceum in Wilmersdorf der 27. Januar festlich begangen wurde. Es heißt in dem Brief:

„Ich fühle mich genötigt, Ihnen mitzuteilen, daß am Hohenzollern-Lyceum in Wilmersdorf (Eisenbahnstraße) der 27. Januar auch in diesem Jahre in einer Weise begangen wurde, die eine herabwürdigende Aufschauung gegen die Staatsverfassung bedeutet. Man las mit den Kindern ein Lesebuchstück über Wilhelm II., von dem heutzutage als „unser erhabener Kaiser“ gesprochen wurde, und sang nachher im Chor „Heil Dir im Siegerkranz, Retter“ (!) des Vaterlands...“

Das „Berliner Tageblatt“ erwartet, daß der Unterrichtsminister sein Versprechen, die Erziehung zur Bekämpfung des Staates zu verfolgen, wahr machen und im Hohenzollern-Lyceum in Wilmersdorf endlich Ordnung schaffen wird. Das „Berliner Tageblatt“ wird auf Herrn Dr. Voelky vergeblich warten.

Die Geschäftsergebnisse der Volksfürsorge. Folgende Geschäftsergebnisse der „Volksfürsorge“ der Gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherungsanstaltengemeinschaft mit dem Sitz in Hamburg werden mitgeteilt: In den Jahren 1913—1919 wurden 472 144 Versicherungen abgeschlossen mit einer Gesamtversicherungssumme

600 M. beim Stadttheater in Rauen, 700 M. bei den Stadttheatern in Bonn, Düren, Frankfurt a. O., Hanau a. M., Jittau und Zwickau und bei den Kammertheatern in Rheind.

Es wurden ermittelt gegen von monatlich 600 M. und weniger dreimal, mehr als 600 bis 700 M. neunmal, mehr als 700 bis 800 M. elfmal, mehr als 800 bis 900 M. sechsmal, mehr als 900 bis 1000 M. achtmal, mehr als 1000 bis 1250 M. elfmal, mehr als 1250 bis 1500 M. neunmal, mehr als 1500 bis 1708 M. viermal, mehr als 1708 M. einmal (nämlich 1930 M. bei den städtischen Bühnen in Frankfurt a. M.).

Die 1918 ermittelten Mindest-Monatsgehälter bewegten sich zwischen 30 M. (Kattowitz) und 150 M. (Görlitz); die 1921 ermittelten zwischen 550 und 1700 M. (sofern man den Fall Frankfurt a. M. als Ausnahme gelten lassen will).

Das bedeutet eine nominelle Erhöhung ums 11- bis 18fache, durchschnittlich also etwa ums 14fache. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beträge von 1917/18 denen gleichen, die schon vor dem Kriege gezahlt worden sind. Es handelt sich hierbei um Goldwertbeträge, während die 1921 ermittelten in Papiermark gezahlt wurden.

Nach Berechnungen Kuczynskis war die Papiermark im November 1921 etwa 6 Pf. wert und die Kosten des Existenzminimums etwa einmal so teuer wie vor dem Kriege. Somit steht der nominellen Erhöhung der Mindestgehälter um das 14fache eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung ums 11fache bei gleichzeitiger Entwertung des Geldes ums 17fache gegenüber.

Das nach den Feststellungen von 1918 unmögliche Scheinende ist Ereignis geworden: die Lage der Proletarier unter den Bühnengedehörigen hat sich seitdem abermals verschlechtert, und der Satz im Schlußwort zu der Darstellung im „Kriegsband des kommunalen Jahrbuchs“ bedeutet heute eine noch düstere Wirklichkeit: „In dieser Niederung darbt ein an Zahl großes Bühnenproletariat, und viel Befähigung und ideales Streben geht in seiner Not zugrunde.“

Die Geschichte einer Beethoven-Biographie. Die merkwürdige Tatsache, daß die Arbeit eines Gelehrten erst 80 Jahre nach ihrem Beginn in der Sprache, in der er sie ursprünglich verfaßte, veröffentlicht wird, hat sich jetzt ereignet. Soeben ist die große grundlegende Beethoven-Biographie des Amerikaners Alexander Wheelock Thayer, die wir seit langem in deutscher Sprache besitzen und die als das Hauptwerk über den Meister anerkannt ist, von der New Yorker Beethoven-Gesellschaft zum erstenmal in englischer Sprache veröffentlicht worden. Das Buch, das allmählich zum Mittel- und Sammelpunkt der ganzen Beethoven-Forschung geworden ist, blüht auf ein nicht alljährliches Schicksal zurück. Es sind 80 Jahre her, seitdem ein junger Student der Harvard-Universität den Entschluß faßte, ein Leben Beethovens zu schreiben, und sich, von musikalischen Gönnern unterstützt, nach Europa begab, um hier alles zugängliche Material zu sammeln.

von 163 245 464 M., was einer durchschnittlichen Versicherungs-summe von 394 M. entspricht; im Jahre 1920 betrug die Anzahl der abgeschlossenen Versicherungen 233 737, die Gesamtversicherungssumme 314 573 500 M., die durchschnittliche Versicherungs-summe 1359 M.; im Jahre 1921 belief sich die Anzahl der abgeschlossenen Versicherungen auf 205 376, die Versicherungssumme insgesamt auf 370 081 849 M., die durchschnittliche Versicherungs-summe auf 1808 M.

Arbeitsgerichte

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes ist nunmehr in nächster Zeit mit Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und sonstigen Beteiligten beraten werden. Der Entwurf gestaltet die Arbeitsgerichte einheitlich nach dem bewährten Vorbild der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und will die Vorzüge eines schnellen und billigen Verfahrens unter paritätischer Heranziehung von Laienbeisitzern, die bisher nur einem Teile der Arbeiter und Angestellten zugute kamen, allen Arbeitnehmern zugänglich machen. Im Interesse der Rechtseinheit und der zweckmäßigen Ausnutzung vorhandener Einrichtungen sollen die neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten in eine organische Verbindung treten, bei der die erforderlichen sozialen Bürgschaften in jeder Weise gesichert sind. Hierdurch wird zugleich erreicht, daß die ordentlichen Gerichte, anstatt durch Abtrennung großer wichtiger Rechtsgebiete zu verkümmern, auch auf ihren sonstigen Tätigkeitsgebieten unter dem befruchtenden Einfluß der Beschäftigung mit sozialen Fragen in enger Fühlungnahme mit sachkundigen Laien stehen. Durch die im Entwurf vorgesehene Uebernahme der Vorherrschaft der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Vorbildende der neuen Arbeitsgerichte wird ihre in langjähriger Praxis gewonnene Erfahrung nicht nur für die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, sondern auch für die Heranbildung eines Stammes jüngerer Juristen, die künftig in Vorherrschaft von Arbeitsgerichten berufen werden, nutzbar gemacht.

„Raus mit dem Hunde“

Kemmel und Pled als Hinauswerfer

Die Auseinandersetzungen zwischen der Leitung der Kommunistischen Partei und dem Inhaber des Verlages A. Seehof u. Co., Land, haben gestern nachmittags zu einem unerhörten Ausbruch geführt. Zwischen 4 und 5 Uhr erschienen im Geschäftslokale von Seehof u. Co. als Beauftragte der kommunistischen Zentrale Hermann Kemmel, Felix Schmidt, Willi Leow, Franz Kossin, etwas später noch Wilhelm Pled, und forderten Laub wiederholt auf, das Lokal zu verlassen. Dieser weigerte sich dessen und verlangte von den Eindringlingen, daß sie wieder gehen sollten, da er der Geschäftsinhaber sei. Kemmel erklärte, daß er hier zu verbleiben habe und schließlich rief Felix Schmidt aus: „Wir müssen zur Selbsthilfe schreiten!“ Es kam zu weiteren mündlichen Auseinandersetzungen, bis Leow ausrief: „Raus mit dem Hunde!“ Gleichzeitig griff er Laub an die Kehle und schüttelte ihn heftig hin und her. Dann kam noch Kossin hinzu, beide schlugen auf Laub solange ein, bis er zu Boden stürzte. Hiernach schleppten sie ihn gewaltsam zur Ladentür. Laub mußte schließlich der Gewalt weichen. Nun kamen drei Mann der Sicherheits-polizei dazu, die aber den Streit nicht einschneiden, sondern lediglich weitere Gewalttätigkeiten verhindern wollten. Pled und Schmidt beeilten sich noch, das Wohlwollen der Beamten durch anti-semitische Äußerungen zu erwerben. Die Eindringlinge liehen einen Schlosser kommen, der die Ladentür sperzte. Die Schlüssel wurden schließlich dem Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld übergeben.

Dieser Vorgang bildet eine weitere Illustration zu dem Zustande der Kommunistischen Partei. Bei ihr wird nur eine Meinung gebildet, nämlich die einer gewissen- und bedenkenlosen Führerclique. Wer sich ihr nicht fügt, der wird mit Gewalt hinausgeschleudert.

Seit dem Märzputsch in Mitteldeutschland vermehrt werden die Arbeiter Wilhelm Steinweg und Ludwig Huth aus Halle. Im Interesse der Angehörigen wird erucht, sachdienliche Angaben an das Bezirkskomitee der Roten Hilfe in Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14, zu richten.

Die Vorbereitungen, die Thayer traf, waren so gründlich und umfassend, daß sie ihn an der Vollenbung seiner Arbeit verhinderten. Er durchforschte alle Archive und Bibliotheken nach schriftlichen Aufzeichnungen des Meisters und befragte alle Personen in ganz Europa, die Beethoven gekannt hatten. So mußte er lange Reisen machen, und als er schließlich an die Veröffentlichung herangehen wollte, war ihm das Material so angewachsen, daß er es nicht selbst bewältigen konnte und die Herausgabe und Uebersetzung des ersten Bandes seines Werkes dem deutschen Musik-gelehrten Deiters überließ. So erschien denn der erste Band seiner Beethoven-Biographie, der die Jahre 1770—1796 umfaßt, 1868 in deutscher Uebersetzung und deutschem Verlag. Der zweite Band folgte 1872, der dritte 1879, und damit waren 46 Jahre des Beethoven'schen Lebens bearbeitet; es blieben noch 11 Jahre, für die Thayer ununterbrochen weiterarbeitete, bis er 1897 mit 80 Jahren starb, ohne sein Werk vollendet zu haben. Die Weiterführung und Neubearbeitung des Buches übernahm Deiters und nach dessen Tode der große Leipziger Musiklehrer Hugo Riemann, der schließlich das Monumentalwerk in fünf Bänden abschloß. Die jetzt erschienene, von dem New Yorker Musikkritiker Henry Edward Krehbel veranstaltete Ausgabe enthält die englischen Originalmanuskripte Thayers, zugleich aber auch die sehr einschneidenden Verbesserungen und Zusätze, die Deiters und Riemann der Arbeit des Amerikaners haben angedeihen lassen.

Der Strindberg-Preis für Harden. Mit dem Strindberg-Preis, der alljährlich zu Strindbergs Geburtstag dem besten Buche verliehen wird, das die Verfassung der Völker fördert, wurde dieses Jahr das Werk „Krieg und Frieden“ von Maximilian Harden (Verlag Erich Reich, Berlin) gekrönt. Als Preisrichter wirkte indirekt Strindberg selbst mit, der in Briefen an seinen Uebersetzer Emil Schering von Harden mit höchster Bewunderung spricht.

Tages-Notizen

Die Obersten-Gebrüder. In Stelle des verstorbenen Vaterschafters Obersten bei Commander Franz Wild als Kommande der Expedition übernommen.

Stossum Berg, ein italienisch-schweizer Dichter von harter dramatischer Erziehung, ist, über 80 Jahre alt, gestorben. Eine seiner Rollen „Cancellerio rulliano“ ist durch Mascagnis Oper besetzters bekannt geworden.

Ursula Holz-Heubach, Frau von Sitzung-Präsidentin, ist am 3. Februar im Weidhofen in Düren an dem Rheinstrom von Urns Holz, — nachdem sie am 12. und 21. Februar im Scheidehaus der Selus von Ursula Holz in Wort und Ton vorgeführt. Den gelungsten Teil der beiden Vorträge hat Georg Christoffen mit Urns Holz am 11. März übernommen. Zum ersten Male werden die Kompositionen des jungen Mannes Wilms Blumel in Gedicht gebracht. Die bisher nicht vertonten Stücke des Defnis spricht Eduard von Winterstein. Weitere Ursula Holz-Heubach, an denen sie sich der ersten Sprecher Berlin zu Worte kommt, sind in Vorbereitung.

Verträge. Ueber Lebensversicherung, Religion, Soziologie, Geschichte im Zusammenhang mit dem Weiden der neuen Gesellschaft (siehe Dr. Siegel, Kewerns, Mittwoch, 8 Uhr, im Zentralklub) ist die Erklärung und Unterzeichnung, Vorkommer, Er. 120. — In der Deutschen Hilfsvereinsgesellschaft (Vereinsgruppe Berlin) spricht Freitag, 7 Uhr, im Berliner Rathaus Prof. Paul Dezel über die preussisch-deutsche Schulpolitik und der Sozialismus. — Julius Veiters, der Bierabnehmer der Universitäts-Berlin, wird in der nächsten Heranziehung der Berliner Ostgruppe der Sozialen Hilfsvereins Freitag im Auditorium 8 des Rathgebudes über Charlotte von Stein sprechen. Karten für Nichtmitglieder 4.— M.

Die Lage der Straßenbahn

Gesundung auf Kosten der Arbeiter?

Wie wir bereits in der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit“ mitgeteilt haben, ist vom Haushaltsausschuss mit neun gegen fünf Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen die sofortige Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises von 1,50 Mark auf 2 Mark abgelehnt worden. Aus der Debatte ist zu erwähnen, daß von den Vertretern der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei die Gesundung der Straßenbahn auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter angestrebt wird. Die Deutschnationalen machen ihre Zustimmung zur Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises abhängig von einem für die Arbeiter möglichst ungünstigen Abschluß des neuen Manteltarifs. Es bedarf wohl keiner näheren Darlegungen, daß die Arbeiterkraft bei der niedrigen Höhe ihres Reallohnes ganz unmöglich der Geldgeber der Straßenbahn sein kann. Dagegen wurde von unseren Genossen immer wieder auf die schon so oft gezeigten Wege verwiesen, wie durch technische Verbesserungen und Herabsetzung der Materialpreise noch erhebliche Ersparnisse im Straßenbahnbetrieb gemacht werden können.

Wenn die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Ausgaben des Unternehmens einschränken wollen durch eine Verminderung der Ausgaben für soziale Leistungen, so ist das, abgesehen von dem unsozialen Charakter dieses Vorschlages, die denkbar unproduktivste Sparmaßnahme. Eine Arbeiterkraft, die unter sehr unsozialen Betriebsverhältnissen arbeiten muß, ist natürlich viel weniger leistungsfähig als eine solche, die unter menschenwürdigen sozialen Verhältnissen arbeitet, wie man sie von einem Betriebe, der der Allgemeinheit gehört, erwarten muß.

In Berlin wird am morgigen Mittwoch die nach den Erfahrungen der letzten Zeit erstaunliche Tatsache zu verzeichnen sein, daß mit Ausnahme der Autobustarifes die Tarife der Berliner Straßenbahn im Vergleich mit denen der anderen Verkehrsmittel die niedrigsten sein werden, da auf der Eisenbahn und Hochbahn von morgen ab die erhöhten Fahrpreise gelten. Allerdings dürfte diese Freude kaum von langer Dauer sein, denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Stadtverordnetenversammlung bereits am kommenden Donnerstag zum mindesten die Einführung des 2-Mark-Tarifes auf der Straßenbahn beschließen, der dann frühestens am Freitag oder Sonnabend in Kraft treten kann. Erst wenn die Straßenbahn zu einer Tarif-erhöhung gezwungen ist, wird sich auch die Omnibusgesellschaft deren Autobusbetrieb bei den jetzigen Fahrpreisen im Hinblick auf die Höhe der Kosten für Benzin und Öl unrentabel zu werden droht, zu dergleichen Maßnahmen entschließen und die Tarife der Autobusse voraussichtlich auf 2, 3 und 4 Mark erhöhen.

Krise in der Berliner Kohlenversorgung?

Die Hoffnungen auf eine Besserung in der Kohlenversorgung der Berliner städtischen Werke, die noch vor wenigen Tagen mit Rücksicht auf die starke Vermehrung der Zufuhren aus dem Ruhrrevier berechtigt waren, sind leider durch den Witterungs-umschlag wieder vernichtet worden. Die starken Schneefälle, die vor einigen Tagen im ganzen Reich eingetroffen haben, haben zu einer Störung in den Kohlenzufuhren auf dem Bahnwege geführt, die bei längerem Anhalten zu einem empfindlichen Kohlenmangel in den städtischen Werken führen muß, da gleichzeitig die von Oberschlesien nach Berlin befindlichen Kohlenläufe fast gestoppt sind und bei der Stärke des Eises an ein Abschleppen einstweilen nicht zu denken ist. Infolgedessen schmelen die Vorräte der Elektrizitäts- und Gaswerke, die gerade in der letzten Zeit wieder selbst aufgefüllt waren und im Durchschnitt für etwa zehn Tage reichten, immer mehr zusammen, und der Eintritt einer Krise in der Kohlenversorgung steht vor der Tür, wenn nicht für eine schnelle Besserung in den Bahnzufuhren Sorge getragen wird.

Auch für den privaten Bedarf macht sich der Kohlenmangel stark bemerkbar. In den Kohlengeschäften sind außer Brennholz und Koks Brennmaterialien kaum zu haben. Außerordentlich stark ist der Andrang auf den städtischen Holzverkaufsplätzen, deren Vorräte sich von Tag zu Tag mehr sichten.

Höhere Unterflüchungsätze für Erwerbslose

Die Vorstände des A. D. G. B. und des AFD-Bundes haben an den Reichsarbeitsminister das dringende Gesuchen gerichtet, die Bezüge der Erwerbslosen der weiter sinkenden Kaufkraft des Geldes entsprechend zu erhöhen.

Den Fraktionen der sozialdemokratischen Parteien im Reichstag ist die Forderung gleichfalls unterbreitet worden mit dem Wunsch, daß auch die Parteien alles tun, um die unbedingt notwendige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchzuführen.

Der zuständige Stadtverordnetenausschuss hat beschlossen, unter Ablehnung des Antrages auf Neuwahlen von Vertretern für die Erwerbslosenfürsorge dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung eine Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen um 40 Prozent zu empfehlen, und erucht nun den Magistrat, in diesem Sinne bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und ferner dahin zu wirken, daß die Sperre für die Fortführung von Notstandsarbeiten aufgehoben wird. Die übrigen Anträge bezüglich der Zahlung von einmaligen Beihilfen (6 Millionen Mark), Ermöglichung der Gaspreise usw. für Erwerbslose hält der Ausschuss für un-durchführbar, empfiehlt aber eine bevorzugte Belieferung der Kinder mit Kleidung, Speisen usw.

Der Maschinengewehrpfarrer

Man schreibt uns: Am 21. Januar feierte der Verein „Uniformiertes preussisches Veteranenkorps“ (das gibt es!) in den Räumen des Reichskassinos unter Teilnahme der Angehörigen der Seemannsschule in Uniform kein Stiftungsfest. Es wurden die üblichen patriotischen Liebes gesungen und Hochs auf den Kaiser ausgebracht. Den Höhepunkt des Festes bildete die Verteilung verschiedener militärischer Ehrenzeichen an die Mitglieder des Bundes und eine Festrede des Pfarrers Hornike, in der dieser ausführte, das deutsche Volk hoffe, daß das Wort „Nie wieder Krieg“ ein schwaches, verlogenes Wort sei. Im Gegenteil, wir alle brennen auf die Stunde, die es uns ermöglicht, die Schmach von Versailles abzuwaschen, und wenn wiederum der Ruf unseres obersten Kriegsherrn ertöne, dann sei er sicher, daß keiner zurückbleibe. Am 25. d. M. fand dann eine entsprechende Feyer in Treptow statt.

Wie uns hierzu noch mitgeteilt wird, besteht das uniformierte Veteranenkorps ausschließlich aus längeren, kriegserprobten Männern vom reinsten Freikorpsstyp. Dem Herrn Maschinengewehrpfarrer Hornike gestatten wir uns der preussischen Generalinnode zur Beförderung vorzuschlagen.

Die Einbürgerung der Genossin Pled. Zur Einbürgerung der Genossin Pled ist noch mitzuteilen, daß die Kandidatur nicht an dieser, am Donnerstag stattfindenden Zeremonie, sondern erst am Sonntag an der Reichsfeier in der Stadthalle teilnehmen.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch. Zeitweilig etwas aufklärend, zunächst überwiegend trübe und neblig mit wiederholten Niederschlägen und schwachen veränderlichen Winden. Temperatur nahe bei Null.

